

# Unsere Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

mehr als 950.000 Unterschriften für das Volksbegehren zur Artenvielfalt sind für uns FREIE WÄHLER ein klares Zeichen, dass Umweltschutz und Erhalt der Biodiversität den Menschen in Bayern am Herzen liegen. Deshalb wollen wir in den kommenden Monaten in Zusammenarbeit mit dem Umweltministerium **ein umfangreiches ökologisches Maßnahmenpaket** schnüren, das den Wünschen der Bevölkerung Rechnung trägt.



Zum einen wollen wir zeitnah einen umfassenden Gesetzentwurf zur Artenvielfalt in den Landtag einbringen. Dieser soll den Zielen des Volksbegehrens so weit wie möglich entsprechen, den Umweltschutz in Bayern jedoch auf breitere Beine stellen. Zum anderen soll auch die bayerische Wirtschaft ihren Anteil zum Umweltschutz leisten: Wir wollen eine Landesstiftung für Umwelt, Klimaschutz und Artenvielfalt initiieren, die sich aus den Strafzahlungen des Autobauers Audi an den Freistaat speisen soll. Wir FREIE WÄHLER haben ein großes Interesse daran, die Artenvielfalt in Bayern zu schützen und die wichtigen natürlichen Kreisläufe zu erhalten. Das ist mit landwirtschaftlichen Restriktionen allein aber nicht getan. Stattdessen wollen wir den Flächenverbrauch eindämmen und mehr Biotopverbünde schaffen. Entscheidend wird aber die Bereitschaft aller Menschen sein, ihren Lebensstandard anzupassen – im Interesse von mehr Umweltschutz.

Stark gemacht haben wir uns in dieser Woche auch für diese Themen:

- [die Einführung eines flexiblen Einschulungskorridors](#)
- [eine Verstetigung des staatlich kontrollierten Islamunterrichts](#)
- [ein Ende der Doppelverbeitragung bei Betriebsrenten](#)
- [den Gesundheitsbonus für nichtärztliche Assistenz- und Heilberufe](#)
- [ein Monitoring für Ultrafeinstaub-Messungen](#)
- [und das Bayerische Brexit-Übergangsgesetz](#)

# R ü c k b l i c k

Zum Wohl unserer Kinder: Einführung eines flexiblen Einschulungskorridors. Für Kinder, die zwischen dem 1. Juli und dem 30. September geboren sind, wollen wir FREIE WÄHLER zum Schuljahr 2019/2020 **einen Einschulungskorridor einführen**. Mit einem Dringlichkeitsantrag im Plenum haben wir für eine entsprechende Gesetzesänderung geworben. Eltern sogenannter Kann-Kinder können dann nach Beratung und Empfehlung durch die Schulen selbst entscheiden, ob ihr Kind bereits zum kommenden Schuljahr oder erst im Folgejahr eingeschult werden soll. Fakt ist: Mit dem Eintritt in die Grundschule beginnt für Kinder ein neuer, bedeutender Lebensabschnitt. Dieser Übertritt soll frei von Ängsten und Unsicherheiten verlaufen. Umso wichtiger ist es, den individuellen Entwicklungsstand jedes einzelnen Kindes bestmöglich zu berücksichtigen. Mit dem Einschulungskorridor leisten wir dazu einen wichtigen Beitrag und stärken die Entscheidungsfreiheit der Eltern. Sie sind es, die den Entwicklungsstand und damit die Schulfähigkeit ihrer Kinder am besten beurteilen können. Damit Eltern eine fundierte Entscheidung zum Wohle ihrer Kinder treffen können, sollen sie von den Grundschulen mit einer umfassenden Beratung und Begleitung unterstützt werden. Das kann nur gelingen, wenn wir die Kompetenz von Lehrerverbänden, Lehrkräften, Schulen und allen weiteren Beteiligten nutzen. Nur so kann von Beginn an eine möglichst breite Akzeptanz sichergestellt und Planungsunsicherheiten vermieden werden.

Ein weiteres Bildungsthema hat uns diese Woche umgetrieben – und zwar der **staatlich kontrollierte Islamunterricht**. In Bayern ist der Islamunterricht kein Religionsunterricht und erfolgt in deutscher Sprache mit Lehrkräften des Freistaat Bayern. Bis 2019 verläuft er im Modellversuch in staatlicher Verantwortung. Der Unterricht verfolgt das Ziel, muslimischen Schülerinnen und Schülern Wissen über den Islam aus unserer Sicht und eine grundlegende Werteorientierung unserer Demokratie zu vermitteln. Den Modellversuch bewerten wir positiv: Er hat sich als ein erfolgreiches Angebot für die Auseinandersetzung mit dem eigenen Glauben wie auch für die Erziehung zu den Werten des Grundgesetzes und der Bayerischen Verfassung bewährt. Deshalb haben wir uns im Plenum für einen verstetigten, flächenwirksamen Islamunterricht an Bayerns Schulen eingesetzt – denn er leistet einen wichtigen Beitrag zur Integration und Akzeptanz von Musliminnen und Muslimen. Gleichzeitig ist er ein wichtiges Instrument gegen Radikalisierung, denn er vermittelt muslimischen Schülerinnen und Schülern die Fähigkeit, mit eigenen und fremden Werten

sowie Weltanschauungen differenziert und verantwortungsvoll umzugehen. Damit er dauerhaft unterrichtet werden kann, muss er jedoch staatlich kontrolliert werden und dem bayerischen Lehrplan folgen.

Beschäftigt haben wir uns diese Woche auch mit der **Doppelverbeitragung**. Seit 2004 müssen die Bezieherinnen und Bezieher von Betriebsrenten mitunter volle Krankenkassenbeiträge bezahlen – und das, obwohl sie bereits während der Ansparphase belastet wurden. Deswegen begrüßen wir FREIE WÄHLER den Entschließungsantrag der Staatsregierung, die Verbeitragung von Betriebsrenten in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) zu ändern. Gleichzeitig fordern wir die Staatsregierung auf, sich auf Bundesebene für ein Ende der Doppelverbeitragung stark zu machen. Denn sie zählt zu den großen Hemmnissen bei der betrieblichen Altersvorsorge als zweiter Säule der Alterssicherung. Bisher gilt: Nur Betriebsrenten bis zu einer Höhe von 152,25 Euro sind beitragsfrei. Ist diese Freigrenze überschritten, werden auf die gesamte Auszahlungssumme Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge fällig. Wir plädieren dafür, dass die Finanzierung der Krankenkassenbeiträge künftig über eine Erhöhung des steuerfinanzierten Bundeszuschusses zum Gesundheitsfonds erfolgt. Vor dem Hintergrund der aktuell guten Finanzlage der öffentlichen Kassen, der demografischen Entwicklung und der zunehmenden Bedeutung privater Altersvorsorge müssen Bürgerinnen und Bürger hier bestmöglich unterstützt werden. Die Bundesregierung muss rasch zu einem für alle Beteiligten zufriedenstellenden Ergebnis kommen – alles andere untergräbt fortlaufend das Vertrauen in die Verlässlichkeit der Politik und damit in die kapitalgedeckte betriebliche und private Vorsorge insgesamt.

Der Bedarf an Fachkräften aus den Gesundheitsberufen – darunter Physiotherapeuten, Ergotherapeuten, Logopäden und viele andere – nimmt ständig zu. Wir FREIE WÄHLER setzen uns schon lange dafür ein, die Attraktivität dieser Berufe durch eine Befreiung vom Schulgeld zu steigern. Deshalb begrüßen wir ausdrücklich die Initiative von Kultusminister Prof. Dr. Michael Piazzolo zum **Gesundheitsbonus**, mit dem unsere Forderung nun rasch umgesetzt wird. Wir sind zuversichtlich, dass die Berufsfachschulen ab dem Schulhalbjahr 2018/2019, also bereits ab diesem Monat, schulgeldfrei gestellt werden können. Damit leistet das Kultusministerium einen wichtigen Beitrag zur Aufwertung dieser wichtigen Berufsfelder.

Ein weiteres gesundheitspolitisches Thema, das uns diese Woche beschäftigt hat, ist die Belastung durch **Ultrafeinstaub**. Wir FREIE WÄHLER

waren die erste Fraktion, die die Luftschadstoffe auf die Agenda des Landtags gesetzt hat. Und weil wir in der Sache tatsächlich etwas voranbringen wollen, haben wir im Maximilianeum bereits 2017 eine Expertenanhörung zu gesundheitsschädigenden Luftschadstoffen durchgesetzt. Ergebnis: Die Datenlage zu ultrafeinen Partikeln muss dringend verbessert werden. Nur so kann die medizinische Risikoforschung vorangebracht und Belastungen effektiv vermindert werden. Deshalb setzen wir FREIE WÄHLER uns für eine bayernweite Monitoring-Strategie ein. Konkret muss ein Netz für langfristige Messungen aufgebaut werden, das natürlich auch – aber eben nicht nur – Messungen am Flughafen beinhaltet. Der jetzt von den Grünen vorgelegte Antrag ist dagegen nichts als Schall und Rauch. Inhaltlich greift die Initiative viel zu kurz, denn es gibt zahlreiche weitere Hotspots wie etwa stark befahrene Straßenabschnitte, die in erheblichem Maße zu Ultrafeinstaubemissionen beitragen.

Dauerbrenner-Thema im Landtag war auch diese Woche der drohende Brexit. Bayern ist auf das Ausscheiden Großbritanniens aus der EU vorbereitet – so gut es eben geht. Gerüstet ist der Freistaat auf jeden Fall für einen geregelten Ausstieg des Vereinten Königreichs: Das **Bayerische Brexit-Gesetz** ist eine tragfähige Grundlage. Schwieriger wird es beim harten Brexit: Die Staatskanzlei kann nicht ahnen, was selbst die Verantwortlichen in der Downing Street noch nicht zu wissen scheinen. Fakt ist: Dieser Brexit ist und bleibt ein großer Schmarrn! Die Briten spielen ein unrühmliches Spiel, das nur Verlierer kennt. Als überzeugte Europäer und weltoffene Bayern bleiben wir bis zum letzten Tag überzeugte „Bremainer“ – und werden die europäische Tür offen halten für das britische Volk. Der Exit vom Brexit ist bis zum 29. März möglich! Sollte der Brexit aber kommen, gilt unsere vollste Aufmerksamkeit den betroffenen Unternehmen, dem Mittelstand und den Arbeitnehmern in Bayern. Denn wichtig ist für uns FREIE WÄHLER: Im Freistaat darf es keine Brexit-Opfer geben.

## Impressum

---

Abgeordnetenbüro:  
Hintere Marktstraße 13,  
92436 Bruck i. d. Oberpfalz  
Telefon: 09434 / 901513  
Telefax: 09434 / 901514  
Email: [joachim.hanisch@fw-landtag.de](mailto:joachim.hanisch@fw-landtag.de)  
Web: [www.joachim-hanisch.de](http://www.joachim-hanisch.de)